

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

58. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 130 Nummern.

Leipzig, den 20. Juli 1920

Einzelgenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkts- und Tobesanzeigen 20 Pf. die fünfgepaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 79

## Dritter Deutscher Maschinenleherkongress in Nürnberg

Vom 10. bis 13. Juni tagte im Offiziersklub des „Kulturvereins“ in Nürnberg der Dritte Deutsche Maschinenleherkongress. Anwesend waren 25 Delegierte und die gesamte Zentralkommission; außerdem Vertreter des Verbandsvorstandes, der „Korr.“-Redaktion, des Bildungsverbandes und der tschechoslowakischen Kollegen.

Eröffnet wurden die Verhandlungen vom Vorsitzenden der Zentralkommission der Maschinenleher Deutschlands, Bierath, der in warmen Worten der Anerkennung der 642 Opfer des Weltkrieges sowie der vielen andern verstorbenen Kollegen aus untern Reihen gedachte. Nach der Begrüßung der Erklärenen schloß Bierath mit dem Hinweis, daß nur durch festen Zusammenhalt in der Sparte das Erreichte werden wird, was den Maschinenleher nützt. Weischedel (Nürnberg) ließ die Delegierten in Nürnberg herzlich willkommen. Müller (Nürnberg) begrüßte die Erklärenen im Namen der Maschinenlehervereinigung. Eißler dankte für die Einladung des Verbandsvorstandes und erhoffte eine ehrliche Wahrung der Einigkeit mit der Sparte in der Zukunft. Zuletzt wünschte noch der Prager Gast der Maschinenleherpartie bestes Gelingen.

Als Schriftführer wurden Ritz (Berlin) und Goltzschalk (Kaiserslautern) und als zweiter Vorsitzender Müller (Nürnberg) gewählt. Außerdem trat eine Wahrspruchungs- und Aktienkommission zusammen. Die vorgelegte Geschäftsordnung wurde genehmigt. Die vorliegende Tagesordnung fand Zustimmung. Sie lautete: 1. Geschäftsbericht und Rückblick seit dem letzten Kongress unter Einbeziehung der Punkte: Neuorganisation der Vereine und Ausbau der „Technischen Mitteilungen“ oder Verschmelzung mit den „Topographischen Mitteilungen“ des Topographischen Bildungsverbandes (Referent: Bierath); 2. Kassenbericht (Referent: Heintze); 3. Anträge zur Generalversammlung des Verbandes (Referent: Ehrström); 4. Anträge zur Tarifrevision (Referent: Bierath); 5. Statistik (Referent: Götter); 6. Verschiedenes.

Es wird in die Tagesordnung eingefügt. Zum Geschäftsbericht nimmt Kollege Bierath das Wort. Der Ablauf einer so außerordentlich langen Unterbrechungsperiode seit dem letzten Kongress vor neun Jahren zwingt zu einer chronologischen Darstellung aller der Ereignisse, die für die Sparte von Wichtigkeit und Interesse waren. Dinge von einschneidender Bedeutung haben sich abgepflegt. In Hannover wurde 1911 die Revision des Tarifs beantragt. Nach den Berichten der einzelnen Vereine mußte unter allen Umständen die Verschärfung der bestehenden Positionen vermieden werden. Mit Rücksicht auf die Allgemeinheit kamen jedoch einige Verschärfungen zustande. Vorausgegangen war das Welfen in Leipzig, welches den Prinzipalwertvolles Material in die Hände lieferte und an dem sich auch beschämenderweise Spartenkollegen beteiligt hatten, deren Ausschluß aus der Sparte deshalb erfolgte. Das Verlangen an den Verbandsvorstand, diese Nachholenden auch aus dem Verband auszuschließen, wurde leider abgelehnt. Das Berechnen der Werke wurde freigegeben, die Arbeitszeit wurde für drei Fünftel der Kollegen verlängert, der Zebrantendbuchstabenpreis wurde reduziert. Mit den Kollegen der Auslandsstaaten hand die Zentralkommission in enger Fühlung. Nach einer Anregung aus Mitgliederkreisen erfolgte die Herausgabe des Mahnwortes „Hineln in die Sparte!“

1912 erkannte Döbblin auf einer Gavoursteherkonferenz an, daß die Sparten nicht nur zur Pflege der Technik, sondern auch zur Beratung von Tariffragen berufen seien, da beide Dinge unumgänglich voneinander zu trennen sind. 1913 wurde auf der Generalversammlung zugestanden, je einen Vertreter der Sparten zu den Gavoursteherkonferenzen zuzulassen, die sich mit Spartenangelegenheiten oder tariflichen Fragen beschäftigen. Die Schmalzschule in Karlsruhe gab den Grund zu schweren Konflikten, weil man mit Recht der Auffassung war, die Schulen züchteten nur eine Reizarmee von Maschinenleher. Im September 1913 konnte die Zentralkommission auf ihr zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß wurde eine Werbeschrift „Zehn Jahre Zentralkommission“ herausgegeben und gratis an alle Mitglieder der Sparte verteilt. Der Referent streifte des längeren die „Bugra“, die eine Darbietung war, wie sie die Welt noch nicht gesehen hatte. Der Ausbruch des Krieges zog auch die Sparte der Maschinenleher sehr in Mitleidenhaft. Eine ungeheure Ar-

beitslosigkeit legte ein. In vielen Betrieben wurde die Arbeitszeit verkürzt. Im den Mitgliedern in den Vereinen die Unterstützung ihrer in Not geratenen Kriegsteilnehmer und deren Familien zu ermöglichen, wurde beschloffen, die an die Zentralkommission abzuführenden Beiträge der Ortsvereine zu erlassen. Das führte zu schweren Differenzen mit dem Verbandsvorstand. In der Hauptsache war es der verstorbene Kollege Döbblin, der durchaus nicht die Sparten anerkennen wollte. Bisher war keine Gelegenheit, die Mißbilligkeiten zwischen der Zentralkommission und dem Verbandsvorstand zu behandeln, so daß sich dieser Kongress wohl oder übel mit allen diesen Dingen beschäftigen mußte. Der Referent geht des näheren auf die hauptsächlichsten Differenzen mit dem Verbandsvorstand ein.

Um dem durch die vielen Einziehungen zum Seere hervorgehenden Mangel an Maschinenleher abzuheilen und das Eindringen Berufsfremder und Mädchen zu verhindern, gingen Richtlinien an die Kollegen im Reich. Im November 1916 mußte auf Grund vorliegenden Materials das Jugelfeldnis gemacht werden, daß das Eindringen der Berufsfremden an die Schmalzschule nicht länger zu verhindern sei. Den Gehilfen wurde nahegelegt, sich in das Gebot der Stunde zu fügen, das nur als vorübergehende Maßnahme gedacht war. Der Preis der Einzelnummer der „K. M.“ erhöhte sich Ende 1917 von 10 auf 20 Pf. Anfang 1918 erging von den Vereinen an die Zentralkommission das dringende Ersuchen, sofort einen Kongress oder eine Vorstandskonferenz einzuberufen. Weil aber auf der Würzburger Generalversammlung eine Revision des Tarifvertrages nicht beschloffen wurde, machte sich ein Maschinenleherkongress nicht notwendig. Mit der Resolution wurde dem Döbblinmord ein Einhalt geboten, aber alsbaldig legte eine große Arbeitslosigkeit in allen Orten ein. Ermahnenswert ist die Einführung des Achtstundentages und die sofortige Zurücknahme der Frauen und Beihilfen von der Schmalzschule. In der Maschinenleherkonferenz des Tarifauschusses wurden alle Anträge der Maschinenleher ohne Begründung abgelehnt, eine einzig dastehende Erklärung in den Tarifauschubverhandlungen. Stürmische Proteste überfüllten die Zentralkommission. Im August erfolgte abermals die Ablehnung seitens der Tarifanstalten und alles mußte getan werden, die entstehende Erregung in Kollegenkreisen zu beschwichtigen. Es geschah dies auf dem Weg einer persönlichen Fühlungnahme mit dem größten Teil unter Funktionäre und Kollegen im Reich durch den Referenten. Eine Beitrags-erhöhung von 10 auf 15 Pf. wurde im Oktober eingeführt, um die mitleidigen Kollegenverhältnisse zu ordnen. In einem „Korr.“-Artikel war in ganz unkollegialer Weise von einem Handleher die Spartenfähigkeit der Maschinenleher glosiert und beurteilt worden. Das veranlaßte den Referenten zu einer Erwiderung in der Nr. 117 des „Korr.“. Bestreblich bleibt die Tatsache, daß sich Handleher zu solch einem Vorgehen gegen die Maschinenleher hergeben. Zum Schluß erinnerte Bierath an die Mißstände auf dem Rohproduktmarkt im graphischen Gewerbe. Er schlug eine kurze Diskussion über den Geschäftsbericht vor, um anschließend die organisatorischen Fragen und Abänderungsanträge zu erledigen.

An der sehr eingehenden Aussprache beteiligten sich insbesondere die Kollegen: Eißler, Selb, Lange, Braun, Ehrström, Kührer, Reinthal (Berlin); Schaeffer, Sack (Leipzig); Dominé (Frankfurt); Pieczak, Schmidt (Hamburg); Schindeldeder (Düsseldorf); Heintze, Ruf (München); Philipp (Mannheim); Wilhelm (Eilenach); Schröder (Stuttgart). Die Schwierigkeiten der Zentralkommission werden allgemein anerkannt und ihr Dank, Anerkennung und Vertrauen ausgesprochen.

Am zweiten Tag erkrankte zunächst die Mandatsprüfungskommission ihren Bericht. Der Protest Freiburgs wurde nicht anerkannt, weil die Wahl des Kollegen Ring (Karlsruhe) korrekt vor sich gegangen sei. Malch (Leipzig) war wohl nicht mit absoluter Mehrheit gewählt; da der Stichwahlmandat vor der Wahl zurücktrat, wurde aber auch dieses Mandat für gültig erklärt.

Im Schlußwort ging Kollege Bierath auf die in der Diskussion von den einzelnen Rednern berührten Fragen näher ein und stellte den Standpunkt der Zentralkommission bei jeder Sache fest. Er stellte weiter einige Irrtümer und Mißverständnisse richtig und wünschte zum Schluß, daß die gleiche Unterstützung und Zusammenarbeit mit den einzelnen Vereinen in derselben harmonischen Weise vor sich gehen möge. Bierath schloß dann vor, das vorhandene Vortragmaterial, einem Beschlusse der Zentralkommission entsprechend, zu veröffentlichen und

den Vereinen zugehen zu lassen. Ebenso werden die Anträge, die in Vereinen technische oder allgemeinerer Art sind, den Vereinen technisch oder allgemeinerer Art zu bringen. Es werden ihnen diese dann von der Zentralkommission zu einem annehmbaren Stellenpreis abgekauft. Die Vereine haben die Beiträge aber nach Gebrauch sofort zurückzuführen. Er bringt dann einige Vorschläge der Zentralkommission zum Vortrag, die dahin gehen, sobald die wirtschaftlichen Verhältnisse es irgenwie ermöglichen, ein neues technisches Hilfsbuch und für später einen Maschinenleheratlas herauszubringen. Die Restantenlisten werden wieder eingeführt. Auch die Inseratenliste soll wieder gepflegt werden. Die Auslandskorrespondenz soll wieder in vollem Umfang aufgenommen werden. Ein wichtiger Punkt ist der Ausbau oder die Verschmelzung der „K. M.“. Das letztere ist abgelehnt worden, solange nicht etwas Ebenbürtiges geboten wird. Es liegt eine Reihe von Anträgen vor, den Preis für Einzelbeleger auf 75 Pf. festzusetzen. Der Beitrag ist wegen der enorm hohen Ausgaben ab 1. Juli auf 50 Pf. pro Monat herabzusetzen. Druckkosten werden nur noch gegen Selbstkostenpreis abgegeben. Zur Deckung der Kongresskosten beantragt die Zentralkommission einen Extrabeitrag von 5 Mk. für jedes zahlende Mitglied. In diese Ausführungen knüpft sich eine lebhaft Diskussion, an der sich hauptsächlich die Kollegen Pieczak (Hamburg), Malch und Sack (Leipzig), Krakau (Königsberg), Philipp (Mannheim), Müller (Merden), Götter, Braun und Ehrström (Berlin), Dominé (Frankfurt), Heintze (München), Baumgärtner (Hamburg), Hoppe (Chemnitz) und Müller (Nürnberg) beteiligten. Alles für und Wider der gemachten Vorschläge wird gründlich erörtert und, nachdem der Vorsitzende des Bildungsverbandes, Kollege Dreßler, betont, daß zur Zeit wegen der ungeheuren Druckkosten von einer Verschmelzung der „K. M.“ keine Rede sein könne, wird der Antrag auf Verschmelzung der „K. M.“ abgelehnt, während alle anderen Vorschläge akzeptiert werden.

Bierath verlas einen von Winter (Magdeburg) eingereichten und ausreißend unterstützten Antrag, den Beitrag an die Zentralkommission auf 70 Pf. monatlich festzusetzen.

Die Heraussetzung des an die Zentralkommission abzuführenden Beitrags auf 70 Pf. wurde einstimmig beschloffen. Die 5-Mk.-Steuer wurde abgelehnt. Das Einzelabonnement der „K. M.“ wurde auf 1 Mk. erhöht.

Zur Gauenstellung schlug die Zentralkommission vor, nach Vororten, die von den jetzt bestehenden Gauen selbst zu wählen sind, neue Gauen zu bilden. Mit diesem Antrag glaubte die Zentralkommission einen Ausweg gefunden zu haben. Die Einteilung nach dem letzten Profokoll wäre damit erledigt.

Der Antrag löste eine längere Debatte aus, weil er nicht die Zustimmung der Delegierten fand und darum nach einem Vorschlag von Braun (Berlin) einer Kommission zur Durchberatung überlassen wird.

Heintze (Berlin) gab hierauf den Kassenbericht, aus welchem hervorging, daß die Beitragsrückzahlung eine dringende Notwendigkeit war. Während 1911 für 4700 Exemplare der „K. M.“ (8 Seiten) 109 Mk. bezahlt wurden, kosteten diese im Januar 1920 741 Mk., im April 1410 Mk., Mai 1425 Mk., Juni 1417 Mk. und im Juli voraussichtlich 1800 Mk., das ist ein Selbstkostenpreis von 30 Pf. pro Nummer. In einigen weiteren Gegenüberstellungen zeigte Redner die hohen Anforderungen, die an die Kasse der Zentralkommission gestellt werden, im Gegensatz zu früheren Jahren. Er bat weiter um pünktlichere Zahlung der Beiträge, die oft monatelang auf sich warten lassen. Die Restanten sollen beim nächsten Berichtes namentlich gekennzeichnet werden.

Nachdem wird in die Beratung der an die Generalversammlung zu stellenden Anträge eingetreten, zu denen Ehrström (Berlin) die notwendigen Aufklärungen gab. Er führte u. a. aus, daß die allgemeine Stimmung gegen den Kassenbeschlusse eine längere Erklärung überflüssig macht. Von den Vertretern auf der Generalversammlung erwartet er, daß sie sich mit aller Verne für die Erfüllung der Maschinenleherforderungen einsetzen werden. Die Maschinenleher dürfen nicht wieder ein Kompenlationsobjekt bei den Tarifverhandlungen bilden. Deshalb wird die Verantwortung auf breitere Schultern geladen, wie aus den Anträgen ersichtlich ist. Die Montagstellungen sollten nicht unterbunden werden, weil hauptsächlich die Maschinenleher die Leidtragenden sind. Aber die Sonntagsarbeiten muß befristet werden. Wie die Unternehmer der Montagstellungen es technisch einrichten, die Setzungen herzustellen,

bleibt ihnen überlassen. In der ausgiebigen Diskussion wurden die verschiedenen Fragen und Anträge besprochen. Am dritten Verhandlungstage wurde eingangs über den Antrag, für die „E. M.“ wieder das alte Format einzuführen, abgestimmt. Der Antrag wurde abgelehnt.

Schmeck (Prag) schilderte die Regelung der Sonntags-, Nachtarbeit und Montagszeitungsherstellung in der Tschechoslowakei.

In der Generaldebatte nahmen nahezu alle Delegierten zu den Anträgen Stellung. Dabei wurden kleine Änderungen vorgenommen. Die angenommenen Anträge folgen nun in der festgelegten Gallung:

Mitbestimmungsrecht der Sparten in organisatorischen und tariflichen Fragen im Rahmen des Verbandes.

Die einzelnen Sparten mit ihren bisherig der Zentralkommission angeschlossenen Vereinen haben sich zu Gew., Bezirks- und Ortsvereinen zusammenzuschließen. Die Zentralkommissionen bleiben als Zentralinstanz ihrer Sparte bestehen. Der Vorsitzende jeder Kommission hat Stimm- und Vorschlagsrecht. Die Sonderbestimmungen der einzelnen Sparten bei allen Tarifänderungen werden von Vertretern, die von den einzelnen Sparten zu diesem Zweck zu wählen sind, beraten und mitbestimmen. Diese Vertreter sollen in der Regel praktisch im Beruf, d. h. als Maschinenmeister, Maschinenführer, Korrektor, Stereotypen- oder Schriftsetzer tätig sein.

Aufhebung des Sönder Beschlusses. (Durch Annahme des ersten Antrags wird der Sönder Beschlus von selbst außer Kraft gesetzt.)

#### Als Vorkursiv-Antrag:

Der Dritte Deutsche Maschinenleherkongress erkennt es als selbstverständlich an, daß wichtige, die Allgemeinheit der Verbandsinteressen berührende Publikationen der Sparten im Einverständnis mit den Verbandsinstanzen zur Verfügung kommen. Der Kongress erachtet daher die zehnte Generalversammlung des Verbandes, die Sönder Resolution als überflüssig zu erklären.

Abfassung der Sonntagsarbeit, d. h. soweit sich dieselbe auf die Herstellung von Montagszeitungen erstreckt. Zur Befreiung dieser Sonntagsarbeit ist durch Vorkursivwerden bei der Reichsbehörde ein generelles Verbot zu erwirken, welches Ausnahmen zur Herstellung von Montagszeitungen einzelner Ortsbehörden nicht mehr zuläßt. Vor Einbringen dieses Antrages hat der Vorstand mit den andern von dieser Maßnahme in Mitleidenschaft gezogenen Verbänden Rücksprache zu nehmen und in dem von der Generalversammlung zum Ausdruck gebrachten Sinne zu wirken.

Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Einstimmig angenommen wurde noch folgender Antrag:

Der Dritte Deutsche Maschinenleherkongress erachtet die Generalversammlung des V. d. M. B., Bestimmungen zu treffen, wonach die Teilnahme an Wettbewerben irgendwelcher Art für die Mitglieder des V. d. M. B. bei Strafe des Ausschlusses aus dem Verbands verboten ist.

Der Zentralkommission übermessen wurde der Antrag: Der Kongress wolle beschließen, die Reichsregierung aufzufordern, besondere tarifliche Bestimmungen für Selbstmaschinenräume herauszugeben. Die Maschinen müssen stets in besonderen Räumen aufgestellt werden.

Als Willenskundgebung wurde einstimmig beschlossen: Die Maschinenlehrer erwarten vom Tarifausschuß, daß sie bei der kommenden Tarifberatung nicht wieder als Kompensationsobjekt benutzt werden.

Die Dänenkommission erstattet nun Bericht. Den Antrag München, einen Teil der Kosten für die Delegation eines zweiten Münchner Delegierten zu erheben, lehnte die Dänenkommission ab. Weil aber Bayern noch nicht als Gau gilt, sollen dem Verein München für die außerordentlichen Ausgaben zur Vorbereitung der Kongressarbeiten 400 Mk. überwiesen werden, weil München im Auftrag der Zentralkommission gehandelt hat. Diese von Müller (Werdn) unterbreiteten Vorschläge wurden einstimmig genehmigt.

Punkt 4 der Tagesordnung: „Anträge zur Tarifrevision“, wurde darauf in geschlossener Sitzung behandelt.

Güter (Berlin) referierte am vierten Verhandlungstage über die Statistik, der wir als Wesentliches entnehmen: In 421 Druckereien, das sind 25 Proz., wird das Blei in Blöcken gegossen. Über die Fälle der Druckereien liefert gemischtes Material. 60 Sechsmaschinen sind noch ohne Abzugsvorrichtung. In Sechsmaschinen beschäftigt sind 5862, zeitweise tätig sind 581, Referentelieferer sind 449 Kollegen, 93 Kollegen stehen im Lehrverhältnis, ebenso werden 68 Lehrlinge an der Sechsmaschine angelehrt. Unter den Maschinenlehern sind 450 Arbeitsbeschäftigte, 3 Berufsfremde und 9 Weibliche. 17 Proz. haben eine 7 1/2 stündige Arbeitszeit. Über 8 Stunden wird in 18 Betrieben gearbeitet. Montagszeitungen werden in 94 Betrieben hergestellt. In diesen Betrieben wird eine eingehende Kontrolle ausgeübt, die in einigen Fällen als unvollständige Schichtfähigkeit zu bezeichnen ist. In der Sparte sind 4978 Kollegen organisiert, die Berichte sind jedoch unvollständig, denn die Zentralkommission hat 600 Beiträge mehr zu verzeichnen. Das bemerkt, wie oberflächlich die Fragebogen behandelt worden sind. Die Frage der Betriebsreinigung ist kein Rahmenthema für die Kollegen. 27 Proz. der Sechsmaschinen werden während der Arbeitszeit gereinigt, zwei Drittel außerhalb der Arbeitszeit. Im großen und ganzen herrschen schlechte tarifliche Verhältnisse. Die Mitlere sollte durch die Tätigkeit der Betriebsräte hoboben werden. Aber die Wirkung der Sechsmaschinenart gehen zahlreiche Zuschriften ein, die im Inhalte gleichlautend dahin gingen, daß die Arbeit nervenzerrütend und überaus anstrengend ist. Das berechtigt zu der Forderung für Verkürzung der Arbeitszeit, vor allem

für die langjährig an der Maschine beschäftigten Kollegen. Aufgabe der Zentralkommission wird es sein, mit allen Behörden und Korporationen Föhlung zu nehmen, um die Missetände zu beseitigen. Eine besondere Sechsmaschinenverordnung muß erlassen werden, da die bisherigen Bestimmungen für die Wohlfahrt der Kollegen nicht ausreichen. Auch an dieses Referat schloß sich eine Diskussion, an der sich die Kollegen Braun, Chlström, Lange, Stirling (Berlin), Müller (Werdn), Sach (Leipzig), Bernardi (Kattowit), Schindeldecker (Wiefelbox) u. a. beteiligten.

Beim letzten Punkte der Tagesordnung: „Verständenes“, verabschiedete sich Güter (Berlin) und dankte für den ruhigen und sachlichen Verlauf der Tagung, was eine Gewähr dafür bietet, daß alle Meinungsverschiedenheiten und widerstreitenden Auffassungen friedlich aus der Welt geschafft werden. Hierath bat Güter, dem Verbandsvorstand zu übermitteln, daß Zentralkommission und Sparte nichts unversucht lassen werden, die Harmonie und Zusammenarbeit mit dem Verbandsvorstand im Interesse des großen Ganzen zu pflegen. Pieczak (Hamburg): Eine Klärung, wie in Zukunft beim Generalkongress zu verfahren sei, müßte erfolgen. In vielen Orten waren die Buchdrucker nicht daran beteiligt und die Generalversammlung wird darüber zu verhandeln haben. Schindl (Hamburg): Die Durchführung der Zeitungszeitung während des Kapp-Putsch ergab Schwierigkeiten, besonders in den großen Druckereien. Auf (München) streifte die Vorgänge in Bayern während der Räterepublik und des Kapp-Putschs und ihre Einwirkungen auf das graphische Gewerbe. Hierath betonte, daß diese Fragen für die Allgemeinheit in den nächsten Stunden auf der Generalversammlung gelöst würden. Anse Delegierten mühten dafür sorgen, daß der Generalkongressbank in der von Kul vertretenen Form realisiert wird.

Es entwickelte sich nun eine längere Diskussion über die von der Zentralkommission vorgeschlagene Gaueninteilung, in der allgemein anerkannt wurde, daß der Beschlus der Kommission als Provisorium für gut befunden werden kann. Der Beschlus lautet: Der Kongress ist im Prinzip für die Gaueninteilung mit Bezirksvereinen, und sind die Gauen verpflichtet, die bisher den Beschlüssen des Kongresses 1911 in Hannover noch nicht nachgekommen sind, bis 1. April 1921 die Gaueninteilung einzuführen. Sollte später eine neue Verbandsgaueninteilung vorgenommen werden, so sind die Vereine verpflichtet, sich derselben anzupassen. Dieser Antrag wurde gegen eine Stimme angenommen.

Müller (Werdn) schlug folgenden Wahlmodus vor: Bis zu 150 Mitgliedern 1, von 151 bis 300 2, von 301 bis 500 3, von 501 bis 1500 4, von 1501 bis 2500 5 Delegierte zu wählen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Das Honorar für Mitarbeit an den „E. M.“ wurde von 5 auf 10 Pf. erhöht.

Hierath appellierte an das Verständnis der Kollegen, zur Befreiung des Mißverhältnisses zwischen Hand- und Maschinenlehern, sich nicht erhaben über die Handwerker zu fühlen oder etwa gar Nachsicht an den Tag zu legen. Viel Antipathie ist auch aus solchen Vorstellungen über Zweck und Ziele der Sparte entstanden. Aufgabe der Funktionäre muß es sein, für entsprechende Aufklärung zu sorgen.

Nach einigen Ausführungen über die Verchiebung von Maschinen und andern graphischen Erzeugnissen ins Ausland wird einstimmig folgende Resolution angenommen: „Der Maschinenleherkongress wird beauftragt, den Gewerkschaftsbund zu veranlassen, bei der deutschen Reichsregierung vorstellig zu werden und nachdrücklich zu verlangen, sie möge wirksame gesetzliche Maßnahmen ergreifen, um die Ausfuhr von Maschinen aller Art für das graphische Gewerbe (auch Papierherstellungsmaschinen) zu verhindern, die Verfertigung von Anzeigen dieser Art zu verbieten und Zuwiderhandlungen mit Beschlagnahme des Vermögens und längerer Freiheitsentziehung zu bestrafen.“

Einige Fälle der Ausübung von Doppelberufen werden behandelt und aufs schärfste verurteilt.

Müller (Nürnberg) erklärte am Schluß der Tagung, daß ein reiches Material bearbeitet worden ist. Können wir, daß unsre Beschlüsse von der Generalversammlung und Zentralkommission zum Gelebe erhoben werden. Der Kongress wird für Nürnberg und die Sparte selbst einen Markstein bilden.

Schmeck (Prag) schloß mit einem Hoch auf die internationalen Buchdruckerbegehungen.

Müller (Werdn) sprach der Zentralkommission, besonders dem Kollegen Hierath, im Namen des Kongresses herzlichsten Dank für die entlastete Tätigkeit aus.

Pieczak (Hamburg) dankte für die Gastfreundschaft der Nürnberger Kollegen.

Hierath: Der Dritte Deutsche Maschinenleherkongress ist zu Ende. Ein reiches Arbeitspensum war zu bewältigen. Die von Mund zu Mund geübte Aussprache hat das Zusammengehörigkeitsgefühl gestärkt und wird das weitere Gedeihen der Sparte fördern. Zu hoffen ist, daß die der Generalversammlung unterbreiteten Anträge mit der gleichen Verlässlichkeit behandelt und zum Beschlus erhoben werden, wie dies auf dem Kongress der Fall gewesen ist. Für die herzlichsten Worte der Anerkennung danke ich im Namen der Zentralkommission. Sie selbst haben Ihre Kräfte in den Dienst der Sparte gestellt. Das veranlaßt mich, Ihnen ebenfalls herzlich zu danken.

Mit einem dreifachen Hoch auf die Sparte im Verbände der Deutschen Buchdrucker schloß der Vorstand den Dritten Deutschen Maschinenleherkongress.

## Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund

### Staatliche Auszeichnung

Vom 6. bis 8. Juli tagte der Ausschus des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Berliner „Gewerkschaftshaus“. An erster Stelle stand zur Beratung der Geschäfts- und Kassenbericht des Bundesvorstandes für das Jahr 1919. In der Aussprache über den Geschäftsbericht wurden hauptsächlich die Berufungen für den vorläufigen Reichswirtschaftsrat erörtert.

Die obersteinsten Gewerkschaftsgruppen haben angesichts der Schwierigkeiten, die dem Eingange der deutschen Gewerkschaftsgruppe in jenem Gebiete bereitet werden, mit Zustimmung des Bundesvorstandes ein eigenes Gewerkschaftsblatt gegründet, das zur Zeit keiner Zuschüsse bedarf. Die Memeler Genossen wollen ebenfalls ein Gewerkschaftsblatt ins Leben rufen. Hier sind aber noch weitere Untersuchungen über die Lebensfähigkeit eines solchen Blattes notwendig. Das Abereinkommen mit den Gewerkschaften in Neupolen, das am 1. Oktober dieses Jahres abläuft, wurde bis zum 31. Dezember dieses Jahres verlängert. Mit den Gewerkschaften Dänemarks sind Verhandlungen über die Regelung des Abtritts von Mitgliedern im Gange, die zur Zeit noch nicht abgeschlossen sind. Auch mit den Gewerkschaften in der Tschechoslowakei soll erst noch verhandelt werden, ehe die einzelnen Gewerkschaften Abtrittsvereinbarungen abschließen.

Der Antrag, jungen Juristen (Referendaren) in den Gewerkschaftsbureaus die Möglichkeit einer gewissen Ausbildung zu geben, und sie zugleich den Aufstellungen und Bedürfnissen der Gewerkschaften näherzubringen, stimmte der Ausschus zu. Die Staatliche Kommission wurde auf neun Personen bestimmt und neu gewählt. Der Ausschus stimmte dem Antrage des Bundesvorstandes zu, vierteljährlich die Zahlen der Mitglieder der Gewerkschaften festzustellen und zu veröffentlichen. Die Arbeitslosenstatistik soll möglichst der Reichsregierung überlassen, die Statistik der Lohnbewegungen vereinfacht werden.

Am zweiten Tage lehten die Beratungen über die Organisation der Betriebsräte und die Herausgabe einer Betriebszeitung ein. Mit den gleichen Fragen hatte sich eine am 5. Juli in Berlin stattgehabte Konferenz der Agitations- und Bezirksleiter beschäftigt. Tegen berichte über diese Konferenz und über die seither in Gemeinschaft mit der „Afa“ gefassten Schritte zur Zusammenfassung und Schulung der Betriebsräte. Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes wünscht die Einziehung eines Beirats bei der gewerkschaftlichen Zentrale der Betriebsräte sowie eine direkte Vertretung in der letzteren. Der Einziehung eines Beirats wurde zugestimmt. In diesem sollen die Arbeiter- bzw. Angestelltenmitglieder der Betriebsräte aller Gruppen vertreten sein. Die Namhaftmachung der Vertreter wurde den Vorständen der an den betreffenden Gruppen beteiligten Gewerkschaften überlassen. Über die Vertretung des Vorstandes des Metallarbeiterverbandes kam es zu einer längeren Aussprache, in der betont wurde, es dürfe daraus für den Metallarbeiterverband kein Sonderrecht abgeleitet werden. Schließlich kam man überein, die Zahl der Mitglieder der Reichszentrale auf sechs (drei Vertreter des A. D. G. B., zwei der Afa und der Schreier) festzusetzen und gab dem Bundesvorstand anheim, bei der Wahl seiner Vertreter den Metallarbeiterverband zu berücksichtigen. Die „Betriebszeitung“, deren erste Nummer vorlag, soll vorerst monatlich im Umfange von acht Seiten erscheinen. Sie wird von Dr. Striemer redigiert und den Betriebsräten durch ihre Gewerkschaftsvorstände zugestellt. Von der gewerkschaftlichen Zentrale der Betriebsräte sind bereits eine Reihe Mitteilungen für Geschäftsordnung, Arbeitsordnung, Richtlinien für Einstellungen und Entlassungen, aufgestellt, die der Begutachtung der Gewerkschaftsvorstände überwiesen wurden. Die Geschäftsordnung für die betrieblichen Betriebsrätezentralen fand keinerlei Widerspruch.

Im Mittelpunkt der Tagung stand eine Aussprache über Industrieorganisation im Baugewerbe und in den Lebensmittelberufen. Sie wurde durch den Vorsitzenden des Fabrikarbeiterverbandes durch eine längere Rede eingeleitet, in der der Beunruhigung infolge dieser neuen Bestrebungen Ausdruck gegeben wurde. Auch andere Vorstandsvertreter schlossen sich diesen Ausführungen an, insbesondere die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände. Die Idee der Industrieorganisation wurde dagegen verteidigt von den Vertretern der Bauarbeiter und Metallarbeiter. Die Debatte fand ihren vorläufigen Abschluß in der Einziehung einer Studienkommission von elf Personen, die gemeinsam mit dem Bundesvorstand und dem Vorstand der Afa die Frage der Schaffung von Industrieverbänden für Hand- und Kopparbeiter prüfen und der nächsten Ausschusungsbericht erstatten soll, sowie mit der Annahme eines Antrags Giesels, worin der Bundesauschus erklärt, daß die Idee der Industrieorganisation nach den Wünschen der Bau- und Metallarbeiter mit dem § 5 der Bundesstatuten im Widerspruch stehe und so lange nicht verwirklicht werden könne, als nicht der Gewerkschaftskongress diese Statuten genehmigt habe. Von seiten des Vertreters des Bauarbeiterverbandes wurde wiederholt erklärt, daß dieser nicht daran denke, seine Bestrebungen anders als im Wege der Verständigung mit den in Frage kommenden Verbänden durchzuführen.

Das Internationale Gewerkschaftsbureau in Antwerpen beauftragt die Abhaltung eines internationalen Gewerkschaftskongresses im November 1920. Der



Ausschub stimmte diesem Vorschlag zu und beschloß, ein Verzeiter zu delegieren.

Mit den Zentralvereinigungen der christlichen Gewerkschaften und Kirch- und Arbeitervereine ist folgende Erklärung gegen den Organisationszwang vereinbart worden, welcher der Ausschub nach längerer Debatte gegen wenige Stimmen inschloß: „Die Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands haben in der jüngsten Zeit ihren Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und der mit der Lebenshaltung der Arbeiterschaft im Zusammenhang stehenden Dinge nicht unbedeutend gestärkt. Deshalb bemühen sich anbauend die organisierten Arbeiter, die Mitbestimmungsrechte ihrer Organisationen weiser zu erhöhen. Dieses um so mehr, als die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse die Arbeiterschaft vor Aufgaben der wirtschaftlichen Verhältnisse stellt, Aufgaben, deren Umfang und Bedeutung die Zusammenfassung aller Kräfte erfordert. Auf dieser Erkenntnis beruht das Streben der Arbeiterschaft nach Vereinheitlichung der gewerkschaftlichen Formen. Wo sich Fälle von Terror in Arbeiterkreisen zeigen, sind sie beunruhigt von dem Wunsch auf Stärkung ihrer Vereinigungen bezw. auf Schaffung ausgleichender gewerkschaftlicher Organisationen. Von Seiten der Arbeitgeber ist das Organisationsstreben der Arbeiter vielfach durch Zwangsmittel verschiedenster Art unterbunden worden, die gegen organisierte Arbeiter angewendet wurden. In der Verurteilung derartiger Zwangsmittel sind alle Organisationen einig. Sie müssen auch einig sein in der Verurteilung aller Fälle von gewalttätigem und geistlichem Terrorismus, gleichgültig, ob dieser von den Unternehmern, von einflussreichen Personen durch Androhung wirtschaftlicher Nachteile oder durch Ausübung von Gewaltszwang, oder von Anhängern der einen Gewerkschaftsorganisation gegen Anhänger einer andern Gewerkschaftsorganisation ausgeübt wird. Die Konstitutionsfreiheit, die in Artikel 159 der neuen Reichsverfassung garantiert ist, gibt den Arbeitern das Recht, sich einer Organisation anzuschließen, die ihrer Überzeugung entspricht. Dieses für alle geltende Recht darf nicht in ein Unrecht, in den Zwang ausmünden, den einzelnen in eine bestimmte Organisation zu pressen. Die unterzeichneten Organisationsleistungen verurteilen jede gewalttätige Einwirkung auf die Zugehörigkeit zu einer Organisation mit aller Entschiedenheit. Sie fordern alle ihre Beamten, Angestellten, Vertrauensmänner und Mitglieder auf, in und außerhalb der Betriebe jedem Zwang auf organisierte Arbeiter zum Zwecke des Austritts aus einer Organisation oder des Übertritts von einer Organisation in eine andre auf das nachdrücklichste entgegenzutreten.“

Ferner wurde gegen drei Stimmen folgende Erklärung gegen die Kundgebung der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände betreffend Lohnabschluß angenommen: „Die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände hat in ihrer Ausschreibung vom 20. Mai 1920 einen Mahnruf an alle ihr angeschlossenen Arbeitgeberverbände gerichtet mit der Aufforderung, jede Neu-Erhöhung der Löhne und Gehälter abzulehnen, da die Preise der deutschen Erzeugnisse die Weltmarktpreise ungefähr erreicht, zum Teil bereits überschritten hätten, der Absatz schon heftig übermäßig und eine abnormale Steigerung der Herstellungskosten durch weiteres Anheben der Löhne und Gehälter und die daraus folgende Preissteigerung zur Katastrophe führen müsse. Der Ausschub des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes muß diese Kundgebung einer der stärksten Arbeitgebervereinigungen aufs tiefste bedauern, da sie der Verständigung zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer über die Regelung der Löhne und Gehälter Schwierigkeiten bereitet und in die Zustandigkeit der Arbeitgebervereinigungen eingreift. Ein einseitiger Lohnabschluß seitens der Arbeitgeber würde Konflikte zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern heraufbeschwören, die das Fortbestehen der für den Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft notwendigen Arbeitgebervereinigungen unmöglich machen würden. Die Gewerkschaften sind sich der Schwierigkeiten in der deutschen Volkswirtschaft hinsichtlich der Preisentwicklung sowie der Anpassung der Löhne und Gehälter an diese wohl bewußt und gleichfalls davon überzeugt, daß eine Gesundung dieser Verhältnisse angebahnt werden muß. Eine solche kann und darf aber nicht auf Kosten der Arbeitnehmer dadurch erzielt werden, daß versucht wird, durch Lohnverminderungen einen Preisabschub zu erzwängen. Vielmehr muß der Preisabschub die Voraussetzung für eine Anpassung der Löhne sein, die auf den wirklichen Lebenshaltungskosten basieren müssen. Auch genügt es nicht, daß die Großhandelspreise einiger Lebensmittel an gewissen Umschlagspunkten vorübergehend im Sinken begriffen sind, um daraus auf eine allgemeine Verminderung der Lebenshaltungskosten zu schließen, sondern es bedarf der genaueren Ermittlung der am Arbeitsort geltenden Kleinhandelspreise, deren Indizes allein den zuverlässigen Maßstab für die Beurteilung der Preisbewegung abgeben. Die Gewerkschaften müssen entschiedene Verwahrung einlegen gegen den einseitigen Versuch führender Arbeitgeberverbände, die Lohnregelung der paritätischen Verhandlung zu entscheiden und der früheren Willkür kapitalistischer Herrschaftsschlüsse zu unterstellen.“

Ministerialrat der Frage der Anrechnung der Beiträge bei Übertritt von Mitgliedern wurde eine Kommission von fünf Personen eingesetzt, um diese Angelegenheit nochmals eingehend zu prüfen. Der Zentralverband der Arbeitsschaffenden Deutschlands ersucht den A. D. G. B., um die Gewährung eines Zuschusses für Organisations- und Verwaltungszwecke. Der Bundesvorstand hat dieses Begehren abgelehnt in der Voraussetzung, daß es Aufgabe der Gewerkschaften selbst ist, die Interessen der Arbeitsschaffenden wahrzunehmen. Der Ausschub schloß sich dieser Auffassung an und sprach sich dahin aus, daß

die Arbeitersekretariate und die Gewerkschaften sich vollständig der Invaliden annehmen möchten.

Über den § 23 der Bundesstatuten waren Meinungsverschiedenheiten entstanden, wann ein Beschluß des Ausschusses für alle Gewerkschaften verbindlich sei. Der Ausschub gab seiner Unzufriedenheit darüber Ausdruck, daß ein Beschluß, der gemäß § 23 nicht einstimmig angenommen werde, in einer nächsten Ausschubssitzung durch einfache Mehrheit zur verbindlichen Geltung erhoben werden könne.

Zur Frage der Beteiligung lebenswichtiger Vereine bei Generalfreizeiten wurden die Gewerkschaftsvorstände ersucht, für ihre Verwaltungsgorgane Richtlinien über das Verhalten ihrer Mitglieder in solchen Fällen aufzustellen.

Zur Aufnahme in den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund haben sich gemeldet: Der Allgemeine Schwelgerbund und der Verband des Sanitäts- und Lazarettpersonals. Dem Anschlusse des ersteren wurde zugestimmt, dem letzteren Verband dagegen als Konkurrenzorganisation die Aufnahme verweigert.

### □ □ □ Korrespondenzen □ □ □

**Oberdorf a. N.** Der Bezirksverein Oberer Schwarzwald hielt am 27. Juni unter harter Beteiligung der Kollegen der hiesigen und umliegenden Druckorte seine Generalversammlung hier ab. Der Bericht unseres Vorsitzenden Brandt über die Generalversammlung des Verbandes in Nürnberg wurde beifällig entgegengenommen. Begrüßt wurde besonders, daß den Erfordernissen der Gegenwart in jeder Beziehung mehr Rechnung getragen werden soll. Erwähnt war zu unserer Tagung Kollege Bauh (Stuttgart); der im „Schwarzwälder Boten“ einen Vortrag hielt über „Erfahrungen an der Schmalzmaschine und deren Behebung“. Anschließend wurde der Betrieb besichtigt. Die Abendgäste führten die Kollegen, die allseitig bekräftigt waren über das Gesehene und Gehörte, wieder in ihre Heimat zurück.

**Oberstein.** Das am 26. Juni auf dem Obersteiner Schloß abgehaltene Johannistfest, das von den Kollegen Oberstein-Idors und Birkenfelds veranstaltet war, brachte nach Jahren weniger festen Zusammenhalts die Berufsgenossen wieder etwas näher zu der zur gewerkschaftlichen und fortbildnerischen Arbeit notwendigen Kollegialität. Mäße der durch Freigedank verflüchtete Geist erstemal Schaffen wieder Luft machte; denn eins hält uns alle zusammen: Der Kampf ums Dasein.

**Rüstringen-Wilhelmshaven.** Mit der Reduzierung der Marine und der Werftarbeiter ist eine solche der Kollegenchaft auf hartem Widerstand gestoßen, hoffen wir doch, daß mit der Umgestaltung des früher von Schlachtschiffen strotzenden Jadenbusens in einen dem Handel und der Schifffahrt dienenden Hafen wieder eine bessere Zeit eintreten wird. Wohl sind Kündigungsgesetze an der Tagesordnung, aber Arbeiterrat und Schlichtungsausschuss zeigen, wie solche zu vermeiden sind, indem durch Aussehen bzw. verknüpfes Arbeiten die Kollegen vor dem harten Lose der Arbeitslosigkeit bewahrt bleiben. Ein Referat unseres Hauptreferenten Niehä (Bremen) zeigte, daß die führenden Männer des Verbandes sich ihrer Verantwortlichkeit bewußt sind und kein Mittel unversucht lassen, um der Kollegenchaft zu dienen. Obgleich hier die übergepefferte Lebenslage die Kollegenchaft zu einem Sondervorhaben reizt, soll und wird Mißlingen gewahrt werden. — Den „Tag des Lichts“ feierte die Kollegenchaft im „Werktätigkeitshaus“, und Kollege Rühorn (Bremen), der die Festrede hielt, wird wahrgenommen haben, daß ein frischer Geist zu neuem Leben und zu nützigen Taten in den alten wie jungen Nachkommen unseres Allmeister Gutsenberg vorhanden ist und daß in Wilhelmshaven-Rüstringen, dem alten Wesserkübel, eine treue Gefolgschaft vorhanden ist.

**Stuttgart. (Stereotypen und Galvanoplastiker.)** Am 20. Juni abgehaltene Generalversammlung war gut besucht. Kollegen von Heilbronn, Ulm, Reutlingen waren erschienen. Nach Erledigung von drei Aufnahmen wurde in die reichhaltige Tagesordnung eingetreten. Der Vorstands- und Kassenbericht war bald erledigt und fand die Zustimmung der Versammlung. Nun erkrankte Kollege Fischer den Bericht über den Kongress. Der Kongress hat nicht die volle Zustimmung der Kollegen gefunden, da er keinen Ausweg für unsere anstrengende Arbeit brachte, andererseits will man bei der Beibringungsfrage an einen Austausch der Beibringer nicht recht glauben, wohl ist der Gedanke gut gemeint, aber schwer durchführbar. Die Beitragserhöhung sei zu sehr in die Höhe gedrückt worden. Der dritte Punkt: „Ausstellung hiesiger Arbeiter in Stereotypen und Galvanoplastik, nebst Erläuterung dazu“, fand allgemeine Befriedigung. Jeder Kollege konnte in dem reichhaltigen Material sein Wissen bereichern, hauptsächlich sollte es für die Kollegen, die die Meisterprüfung ablegen wollen, ein Fingerzeig sein, was von einem angehenden Meister verlangt wird. Solche Ausstellungen sollen öfters stattfinden, an den Arbeiten soll Kritik geübt und auf Fehler aufmerksam gemacht werden. Ein späterer Antrag, worin die Handwerkskammer in der Provinz gebeten werden sollen, bei Prüfungen (Geschiffen- wie Meisterprüfungen) einen Sachmann von Stuttgart beizuziehen, wurde einstimmig angenommen. Anlaß dazu gab die Tatsache, daß unsere Sportprüfungen manchmal von Unken geprüft werden, die keine Ahnung von unserer Berufs haben. Einige Zeitspiele wurden von den Provinzkollegen zum Beweis angeführt. Zurückgewiesen wurde der Vorwurf des Sie-

legen A. S.-r. (Berlin) in Nr. 38 des „Kort.“, wonach es die Stuttgarter Kollegen an der Mitarbeit in unseren „Leidlichen Mitteilungen“ fehlen ließen. Dieser Vorwurf wäre für die Berliner Kollegen besser angebracht. Der Beitrag wurde von 10 auf 20 Pf. erhöht. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt. Nachdem unter „Berichtendem“ noch einige Klagen über Zurücksetzung unserer Sparte zur Sprache gekommen waren, wurde die Versammlung geschlossen.

**m. Miffl. (Bierjahresbericht.)** Das zweite Bierjahr bewegte sich ruhig und in aufsteigender Linie. Es fanden drei Versammlungen statt. Die Aprilversammlung beschloß sich mit den Ergebnissen des Gaus. Auch wurde Mitteilung über die Gründung eines Ortsvereins des Buchdruckerzweigs gemacht. — In der Maierversammlung wurde die Gründung eines Ortschaftlichen Kartells beschlossen. — In der Versammlung am 5. Juni wurde in erobrender Weise eines alten Verbandskollegen, des Stereotypisten Karl Schmidt, gedacht, der in voller Rüstigkeit sein 40jähriges Verbandsjubiläum feierte. Unser Ehrenvorsitzender, Kollege Schlag, begrüßte den Jubilar mit eindrucksvollen Worten, der Freue unserer alten Verbandskollegen in schwerer Zeit gedenkend. Besagnehmend auf die letzte Feuerungsanlage wurde die Arbeit unserer Vertreter ausdrücklich anerkannt; doch wandte man sich entschieden gegen die Stafflung der Anlage und erhofft von der nächsten Landtagsversammlung Besserung dieses Mißstandes. Sodann wurde noch die Gründung der Lehrstiftungsorganisation bekanntgegeben.

### □ □ □ Rundschau □ □ □

**Anmeldung zur Gehilfenprüfung in Berlin.** Die im Oktober d. J. ausstehenden Lehrlinge: Geber, Drucker, Stereotypen, Galvanoplastiker und Stempelschneider, aus den Stadtteilen Berlin, Berlin-Nickensberg, Berlin-Schöneberg, Berlin-Wilmersdorf, Charlottenburg, Neukölln sowie den Landkreisen Teltow und Nieder-Barnim haben sich zur Gehilfenprüfung anzumelden. Anmeldungen nimmt jeden Sonntags zwischen 3 und 6 Uhr der Vorsitzende des Prüfungsausschusses, Buchdruckermeister Alfred Forsberg, in Firma N. Düringshofen, Berlin NO 18, Nickenberger Straße 17, entgegen. Bei der Anmeldung sind einzubringen: Ein selbstständig verfaßter und eigenhändig geschriebener Lebenslauf des Prüflings auf Reichsformbogen, eine Bescheinigung des Lehrherrn, von wann bis wann die Lehrzeit währte, das Abgangszeugnis der Pflichtfortbildungsschule und die Prüfungsgebühr in Höhe von 12 Mk. (bei Überlegung durch die Post portofrei).

**Berlin-Weißlager Infirmenheilen im Prinzipsalager.** Die „Buchdruckerwoche“ hat in letzter Zeit mehrmals über interne Vorhimmnisse und Differenzen innerhalb des Deutschen Buchdruckervereins sehr erbauliche Mitteilungen gebracht. Schon in ihrer Nr. 22 (27. Mai) brachte sie einen Bericht über eine Versammlung der Berliner tariffreien Buchdruckermeister, dem zu entnehmen war, daß die schon seit längerer Zeit vorhandenen gespannten-Verhältnisse zwischen Berlin und Leipzig im Prinzipsalager sich bis zum Austritt vieler Berliner Prinzipale aus dem Deutschen Buchdruckerverein ausgewachsen haben. In Nr. 29 der „Buchdruckerwoche“ (15. Juli) wird nun diese Information der Öffentlichkeit über interne Vorgänge im Prinzipsalager fortgesetzt, und zwar durch teilweisen Abruch eines Aufsatzes „Zur Lage“, der in Nr. 68 der „Mitteilungen des Vereins Berliner Buchdruckermeister“ enthalten war, und wodurch die früheren Mitteilungen der „Buchdruckerwoche“ vollst. bestätigt werden. Es heißt danach dort: „Die Tarifverhandlungen, die dieses Mal von Herrn Stadtrat Haenemann geleitet wurden, nachdem Herr Wiffel zu Beginn der Verhandlungen den Vorstoß niedergelegt hatte, haben mit der Bewilligung einer neuen Feuerungsanlage abgeschlossen, die für Berlin insgesamt 40 Mk. beträgt, zahlbar in zwei Raten von 25 Mk. bzw. 15 Mk. am 31. Mai und 5. Juli. Das Abkommen gilt bis 1. August. Die Berliner Vertreter haben sich mit aller Energie gegen die Sonderbelastung gewehrt, die ihnen in Höhe von 4 Mk. über die in anderen Orten gewährte höchste Feuerungszulage hinaus auferlegt worden ist, leider ohne Erfolg. Nach während ihrer Anwesenheit in Leipzig haben sechs einflussreiche Berliner Herren ihren Austritt aus dem Deutschen Buchdruckerverein erklärt und damit zu erkennen gegeben, daß sie diese Sonderbelastung Berlins in Zukunft nicht mehr verantworten können. Die Abwanderung der Aufsätze in die Provinz, die schon eine große Gefahr bildet, wird damit unaufhaltsam. Das Eingehen einer größeren Zahl von Druckereien in Berlin spricht eine deutliche Sprache. Für den Gehilfen bedeuten die 4 Mk. Sonderzulage, die man Berlin und Hamburg auferlegt hat, fast nichts. Für den einzelnen Betrieb aber ergeben sich dadurch bedeutende Mehrbelastungen. . . . Einem Sturm der Entrüstung erreichte es, als Herr Winkler der Versammlung mitteilte, daß bei der Abstimmung der Vorliegende des Deutschen Buchdruckervereins als erster für die Sonderbelastung Berlins stimmte. Diese Haltung der Leipziger Herren führte dazu, daß sechs Berliner Herren noch an dem gleichen Abend dem Deutschen Buchdruckerverein ihren Austritt aus dem Deutschen Buchdruckerverein anzeigten. Berlin kann sich unter keinen Umständen damit zufriedensetzen erklären, daß seine Interessen eine so geringe Würdigung seitens der Leipziger Herren finden. . . . Der Konflikt zwischen Berlin und Leipzig ist damit ausgedehnt. Er beruht in dem mangelnden Verständnis, das Leipzig den Berliner Angelegenheiten entgegenbringt. Berlin muß mit aller Energie fordern, daß mehr Rücksicht

nicht auf seine Lage genommen wird, und es muß sich Sicherstellen geben lassen, daß derartige Vorgänge, wie sie bei den letzten Tarifausgleichsverhandlungen vorgekommen sind, nicht wiederholten.

„Verlegerfabrik“. Zu unserm Artikel unter vorliegender Aufschrift in Nr. 76 wird uns nachträglich mitgeteilt, daß der Verleger Lehmann in München in direktem Gegenlatz zu seiner im „Börtenblatt für den deutschen Buchhandel“ empfohlenen Zurückhaltung aller Druckaufträge erst in letzter Zeit einer großen Münchner Buchdruckerei für viele Aufträge zur Herstellung von Werken erteilt habe, daß diese Buchdruckerei in Doppelschichten arbeiten lassen muß. Herr Lehmann soll sogar selbst am Besitze dieser Druckeret befaßt sein. Er scheint also an den von ihm so scharf verurteilten Diktatpreisen der Buchdrucker selbst Geschmack gewonnen zu haben; es mißte denn sein, daß er mit dieser Druckeretbesetzung und Auftragserteilung der Welt durch die Tat beweisen möchte, daß die heutigen Bücherpreise viel zu hoch sind und er die Preise seiner eignen Verlagswerke dadurch so schnell wie möglich herabsetzen möchte, zumal er ja sehr Gelegenheits hat, persönlich hinter die Kulissen der Preisdiktatur der Buchdrucker zu schauen. Unser Gewährsmann glaubt zwar an keine dieser Möglichkeiten. Er vergleicht Theorie und Praxis des Herrn Lehmann mit den Begriffen von Tag und Nacht. Bei Tag weisere der Herr gegen die bösen Buchdrucker und bei Nacht (Doppelschicht) laßt er sie für sich arbeiten. Dadurch erreiche er zunächst eine Zurückhaltung der Leistungen anderer Verleger und verdränge im weiteren seine eigene Konkurrenzkraft. Denn Herr Lehmann sei schließlich überzeugt von den hohen und berechtigten Druckerpreisen; weshalb er deren Bekämpfung dadurch in die Tat umsetze, indem er selbst in die Höhle der Löwen gehe und sich einfach an deren lahrhaftem Geschlechte beteilige! Es wäre zu wünschen, daß nimmermehr alle Verleger keinen praktischen Vespiele der Auftragserteilung folgen, wenn das auch das Gegenteil dessen bedeuten würde, was Herr Lehmann in der Theorie versprochen hat.

Offenbacher Graphische Kunst im Leipziger Buchgewerbehaus. Unter Führung des Graphikers Rudolf Koch (Offenbach) stellt jetzt und bis Ende dieses Monats die Vereinigung Offenbacher Schreiber im Buchgewerbehaus zu Leipzig wertvolle und hochinteressante Wandschmuckblätter, Ehrenurkunden, geschriebene Bücher, auch solche mit malerischem Schmuck, aus, deren besondere Beachtung Liebhabern und graphischen Berufsgenossen empfohlen sei.

Die Reichspost als Reklamemittel. Wie die „Deutsche Buchdruckerzeitung“ berichtet, beabsichtigt die Reichspostverwaltung zur Abschwächung ihrer Defizitwirtschaft, alle Briefkästen, Postwagen, Telegraphenstationen usw. für Reklamewecke auszunutzen. Große Firmen sollen bereits diesbezügliche Verhandlungen mit der Post gehabt haben. In einigen Wochen hofft man, mit dem fertigen Plan an die Öffentlichkeit treten zu können.

Wuchererle einer Farbenfabrik. Die Farbenfabrik normals Friedrich Bayer & Co. zu Leverkusen erstellte im letzten Jahre bei über vier Millionen Mark Abschrei-

bungen und zusätzlich eines vorjährigen Gewinnvortrags von 1856188 Mk. einen Reinerüberschub in Höhe von 20077840 Mk., woraus (bei einem Gesamtkapital von 90000000 Mk.) 18 Proz. Dividende verteilt und noch 2 1/2 Mill. Mk. auf neue Rechnung übertragen kann! Man sieht, es lohnt sich, dem Buchdruckgewerbe mit wohnsinnig hohen Karteipreisen das Leben und die Existenz schwer zu machen.

Englische Gewerkschaftspolitik. Der vor kurzem in Westminker abgehaltene englische Gewerkschaftskongreß, der besonders die Aufgabe hatte, die Haltung der britischen Gewerkschaften gegenüber Irland und Rußland zu erörtern, nahm eine von dem Nationalen Eisenbahnerverband eingebrachte Resolution an, in der zu einem „Waffenstillstande zwischen den irischen Parteien“ aufgerufen wird, damit die Morde und Verbrechen ein Ende finden. Ferner fordert die Resolution die Zurückziehung der britischen Armees aus Irland und verlangt, daß die Regierung ein irisches Parlament einsetzt, wenn ein solcher Waffenstillstand hergestellt ist. Weiter nahm der Kongreß eine Resolution des Vergarbeiterverbandes an, in der eine Abstimmung der Gewerkschaften über die Frage eines Generalstreiks empfohlen wird, falls die englische Regierung nicht die englischen Truppen aus Irland zurückzieht und die Herstellung von Munition für den Gebrauch gegen Irland und Rußland einstellt.

Nachrichten für Auswanderer. Neue Zweigstellen des Reichswanderungsamts sind in Elberfeld, Klobbahn 12, und in Erfurt, Sufferstraße 7, errichtet worden. — Zur Einreise nach Danzig ist Einreiseerlaubnis des britischen Konsulats erforderlich; die Notwendigkeit muß glaubhaft dargelegt werden. — Deutsch-Osterreich kann unter den heutigen Verhältnissen für deutsche Auswanderer nicht in Frage kommen. — Die Einwanderung Deutscher nach Belgien ist zur Zeit außerordentlich erschwert und infolge der chaotischen Lage der bürgerlichen Presse in Belgien nicht unbedenklich. — Dänemark hat mit seiner starken Auswanderung seiner eignen Landeseule zu kämpfen. — In Rumänien dürften sächsische Arbeiter aller Berufskreise in absehbarer Zeit günstige Aussichten haben; doch ist diesen vorherige Erkennung der Landesprache ersichtlich zu empfehlen. — In Schweden sind gegenwärtig 3—4000 Nr. jährlich als Kosten der Lebenshaltung zu berechnen. — In Spanien und seinen Kolonien herrscht starke Arbeitslosigkeit und große Verarmung. — In Nordamerika ist die während des Krieges hervorgerufene Deutschemisere von einer allgemeinen nationalistischen Welle abgelöst worden, die von allen an der Staatsmaschine Tätigen geleitet wird. Sie wendet sich ganz besonders gegen die sozialistische Migration jeglicher Art und findet ihren Ausdruck in einer fremdenfeindlichen Stimmung, die sich aber wiederum mit besonderer Schärfe gegen Deutsche und Russen wendet. Dabei werden die Sozialisten, zumeist russische Juden mit deutsch klingenden Namen, als „Kriegsgefangene“ angesehen. — Der brasilianische Generalkonsul in Hamburg hat mitgeteilt, daß freie Überfahrt nach Brasilien bis auf weiteres nicht mehr gewährt werde, auch nicht nach den stromischen Ländern in Mato Grosso, weil in vielen Städten Deutschlands Vereinigungen bestehen, die hoffen, in nächster

Zeit auf Grund der Versprechungen der brasilianischen Regierung nach Brasilien frei befördert zu werden, verdient diese Mitteilung besondere Beachtung. — In Bolivien ist für Einwanderer der gesetzliche Wohnsitz eingeführt worden, und zwar, wie es ausdrücklich heißt, zu dem Zweck, um der Zuwanderung von Aristokraten und Kapitalisten für soziale und erbschaftswidrige Zwecke vorzubeugen. Es sind demgemäß eine Reihe von Bestimmungen getroffen worden, die die Einreise nach Bolivien erschweren. — Kolumbien ist nach den vorliegenden neueren Nachrichten nicht als Zielland für deutsche Auswanderer zu empfehlen, da besonders deutsche Arbeiter gegen die Konkurrenz der einheimischen, an die niedrigste Lebensweise gewöhnten Arbeiter nicht aufkommen können.

### Verschiedene Gänge

„Typographische Mitteilungen.“ Zeitschrift des Bildungsvereins der Deutschen Buchdrucker. 17. Jahrgang, 1920. 5. und 6. Heft. Diese Zeitschrift erscheint am Anfang eines jeden Monats.  
„Das Buchdruckergewerbe in der Statistik.“ Annuarabhandlung von Hans Schöningh aus Paderborn.  
„Der Eisenbahn.“ Abhandlung für seine Zeitgenossen. Von Dr. Kurt Herold-Börsch. Preis 2,25 Mk. Verlag „Vorfahrt“ in Berlin C 2, Breite Straße 39.  
„Die Betriebswirtschaft.“ Fachzeitschrift für alle betriebswirtschaftlichen Fragen. Herausgeber: Ingenieur-Wahlb. Herausgeber: Deutscher Betriebsleiterverband, Dillstraße, Stromstraße 8. Nr. 1 und 2.  
„Der Arbeiter.“ Organ der Arbeiter- und Betriebsräte Deutschlands. Schriftleitung: C. Baumg. Doppelheft 23/24. Preis 2 Mk. 2. Jahrgang.

### Briefkasten

W. Gr. in B. 2. 27: Wird aufgenommen. — S. W. in D. 1: Wird selbstverständlich aufgenommen; aber nur mit der entsprechenden Korrektur. Feil. Gr. in D. 1: Wie wir uns hauptsächlich bezüglich über Druckmaschinen und Arbeiten des Druckers ganz gewöhnliche erhalten. Es liegen dagegen keine Konkurrenzklagen, sondern Kritiken berufener Fachmänner vor, daß wir schließlich sehr bedauern, das betreffende Buch nicht selbst vorher durchgesehen zu haben. — G. B. in B. D.: Nach Eingang Ihrer Mitteilungsbeilageung bedanken wir den Empfang Ihrer Aufzeichnungen, die sich gegenwärtig aufbewahren, was eine Veranlassung war, die Sache mündlich abzufragen. Daß Sie davon noch nichts im Briefkasten gelesen, liegt daran, daß wir eine solche unklare Angelegenheit überhaupt keine Bedeutung beilegen konnten. — G. B. in A. 2: Die Vorgänge bei diesem Wahlverfahren sind absolut neu und erhellend. Aber wir leben in einer nachfolgenden Kritik keine Beförderung. Da nach der Hebel Kritik angelegt werden. Für die Allgemeinheit würde der Abdruck Ihrer Einwendung mehr Schaden als Nutzen bringen; daher abgelehnt.

Verbandsnachrichten  
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chausseepark 511.  
Verbandsleiter: Amt Aurluff, Nr. 1191.

Adressenveränderungen  
Kattwig (D. Schl.). (Beitr.) Kollmer: Otto Kattwig, Prinz-Georg-Str. 38 II (Erdgeschoss); Sonnabend von 6 bis 12 Uhr, Sonntag von 10 bis 12 Uhr.  
Kattwig: Dr. Kollmer: Dr. Kattwig, Grünbaumstraße 6.

Versammlungskalender  
Märztag a. d. S. Versammlung Sonnabend, den 31. Juli, abends pünktlich 7 1/2 Uhr, im „Preussischen Adler“.

Sozialist sein heißt keineswegs bloß den Triumph einer bestimmten Partei vorbereiten, einen bestimmten Teil des Volkes einfach zur Macht bringen. Nein, es heißt arbeiten für eine Gesellschaftsordnung, in der alle aktiven Kräfte harmonisch verbunden werden und zu aller Nutzen zusammen wirken sollen. Das gilt für die Kinder eines Landes sowohl als auch für die verschiedenen Nationen. A Frieden soll an Stelle des Krieges treten, gegenseitige Dienste und Sympathie an die Stelle streitenden Eigenwillens und die Solidarität der Interessen an die Stelle der Zügellosigkeit, der Selbstsucht.

Nebenscheider Wandpapper (24,5 x 34,5) rot und schwarzgedruckt, ist für 3 Mark portofrei zu beziehen vom Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker  
Leipzig, Salomonstr. 8  
Postkchd.-Konto 53430  
Telephon Fernsprecher Nr. 12789

Zweiter Bezirksbeamter gesucht!  
Für den Bezirk Frankfurt a. M. wird ein zweiter Beamter gesucht, der den ersten Vorstehenden in allen vorerwähnten Fällen vertreten und sich auch mit Verwaltungsdarbeiten beschäftigen muß. Verlangt werden gründliche Kenntnisse der organisatorischen und juristischen Bestimmungen, rednerische Begabung und Verhandlungsfähigkeit; auch sind Kenntnisse der Sozialgesetzgebung erwünscht. Gehalt nach den im Bezirk üblichen Sätzen.  
Schriftliche Bewerbung unter Beiliegung eines Lebenslaufes, hauptsächlich über die Organisationsfähigkeit, sind unter der Aufschrift „Bezirksbeamter“ bis einschließlich 2. August an den stellenden Beamten, Frankfurt a. M., Alsterdeichstraße 5 III, zu richten. Als Bewerber kommen nur Mitglieder des Gaues Frankfurt-Hessen in Betracht, die mindestens zehn Jahre der Organisation angehören.

Rediger  
**Typographischer**  
sucht sofort Dauerstellung. Gest. Off. unter Nr. 803 an die Geschäftsst. d. B.

Zuverlässiger  
**Korrektor**  
auch Kriegerverleher, zum baldigen Eintritt gesucht.  
„Deutscher Morgenpost“,  
Zeitsch. (D. Schl.).

Stüßiger  
**Linotypsetzer**  
für sofort gesucht. Die Wohnungsnof hier am Platz zwingt uns, ledigen Bewerber den Vorzug zu geben.  
„Wissenschaftliche Zeitung“, N. O.,  
Dillstraße.

Mehrere tüchtige  
**Linotypsetzer**  
(Dr. Keller) sofort gesucht.  
Spamerische Buchdruckerei, Leipzig.

Guter  
**Seher gefunden.**  
Allen Zweckern  
kann ich  
Buchdrucker Chr. Tessen  
Leipzig.

„Wie errichtet und leitet man einen Verein?“  
Nach dem neuen deutschen Vereinsgesetz bearbeitet von Hermann Kessner. Mit Tabellen, Formularen und dem neuen Vereinsgesetz im Wortlaut. 1,50 Mk. Zu beziehen durch den Graphischen Verlag K. Siegel, München 9, Kolonnenstr. 10.

**Salen**  
Erfreue, fröhliche  
Freudegeheimnisse

Diplome für Verbands- und Arbeitsblätter, Gedächtnisblätter für Opfer des Krieges empfiehlt K. Siegel, München 9.

**Blamabel**  
für jeden ist es, Fremdwörter falsch zu gebrauchen oder falsch auszusprechen. Bestellen Sie daher noch heute Webens neues Wörterbuch „Fremdwörterbuch“ mit genauer Bezeichnung u. Aussprachebeispiel. 1,85 Mk. Porto gratis. Buchverlag „Meyer“, Friedrichstraße 2, Weiel.

**Briefmarken verkauft**  
Otto Pflanzl, Tarnau-Wald, Dieckstraße 21.  
5041

Tur durch genaueste Kenntnis des inneren Menschen erhalten Sie Ihre Geliebte. Bestellen Sie daher die farb. geliebten anatom. Modelle des männl. u. weibl. Körpers! 4,50 Mk. Nachg. extra. Buchverlag „Meyer“, Friedrichstraße 2, Weiel. 1799

Mer dauernd gute Druckwalzen haben will, gebrauchte das Druckwalzen-Aufreinigungsmittel  
**K i n k o k o l**  
Eine der größten Erfindungen im Buchdruckgewerbe ist der „Alkohol“. Verbrauchte Walzen, welche die Zug- und Gedrückt, verloren haben, erhalten sie durch ein einmaliges Einreiben in einer Nacht wieder. Bei wiederholtem Gebrauch bleiben die Walzen stets wie neu gelassen. Er verhindert das Schwellen, Reißen und Abbröckeln der Walzen, beim Farbenwechsel das Nachschmieren der allen Farbe. Man braucht bei starken Auflagen des Tages über mehrer Sorten und Walzen reinigen zu lassen; sie bleiben sauber und rein und der Druck ist klar und tief belegt. Alle Prospektive zu verlangen.  
Preis pro Kilo 30 Mk. ab Fabrik.  
Probendungen für 2-3 Maschinen reichend portofrei und Spesenfrei 12 Mk.  
Chemische Fabrik für Buchdr. Bedarfsmittel Carl Siegel, Leipzig-Cellerhausen.  
Wo in freiesamem Geber, 22 Jahre alt, Gelegenheits geboten, sich an der  
**Linotype auszubilden?**  
Ganz gleich wohin; jetzt oder später. Gest. Offerten mit Bedingungen an  
Ed. Müll, Freiburg i. Br., Alsterstraße 34.  
1795

Ein großer Drucker wird zum sofortigen Eintritt ein tüchtiger, sprachkundiger  
**Korrektor**  
der an gewissenhaften Arbeiten gewöhnt ist, gesucht. Nur solche Herren, die sich als solche ausweisen können, werden um sofortige Mitteilung unter Beiliegung eines Lebenslaufes und Zeugnisabdrücken gebeten.  
Buchdruckerei Max Zahn & Co.,  
Mannheim, H. 2, 2.

Freiebenequalität, Hefern  
**Maschinenband**  
Tezzer & Wolf,  
Düsseldorf, Graf-Adolf-Straße 112. 1603

In der Herbstzeit  
**3 Zigarillos** das beste und billigste Rauchen empfiehlt in den Preisen von 35, 40, 45 u. 50 Mk. pro 100 Stk. Ferner: 1883  
**Hamburger Stumpen**  
etwa 10 cm lang, vorzügl. Qual., 58 Pf. (Erdbeer, 70 Pf.) als Spej. Tabakverf. Donau, München, Schwandlauer Str. 68.

Eingehalten an den „Arbeiter“  
Hauptredaktion des „Arbeiter“  
Postfachamt Leipzig Nr. 8193

Am 14. Juli verstarb plötzlich und unerwartet unser lieber stolger, der Korrektor 1801  
**Georg Dachtel**  
aus Grünhainchen l. S., im Alter von 41 Jahren.  
Ein erhabenes Entsetzen bezaubert ihn  
Bestattungsverein Frankfurt a. M.